



Abstimmung vom 4.3.2018

Die SRG kann sich weiterhin mit Gebühren finanzieren

Abgelehnt: Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)»

Rudolf Burger

Empfohlene Zitierweise: Burger, Rudolf (2019): Die SRG kann sich weiterhin mit Gebühren finanzieren. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

1924 wird in der Schweiz erstmals eine «Hörgebühr» erhoben. Der Betrag von damals 10 Franken steigt im Laufe der Zeit an. Seit 1953 umfasst die Gebühr auch das Fernsehen und beträgt zu dem Zeitpunkt 60 Franken, 2015 erreichen die Radio- und Fernsehgebühren mit 462.40 Franken den Höchststand. Im Jahr 2011 und 2013 werden aus der Zivilgesellschaft zwei radikale Initiativen lanciert, die der SRG die Erhebung von Gebühren verbieten wollen und die Auflösung der SRG fordern. Beide Anliegen scheitern aber im Sammelstadium.

Ende 2013 entsteht auch in den Kreisen von Jungfreisinnigen und der Jungen SVP die Idee einer Initiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren. Die Initiative wird im Dezember 2015 mit 112 191 gültigen Unterschriften eingereicht. Auftrieb erhält das Anliegen im Juni 2015 durch die knappe Annahme des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG), das die geräteabhängige Empfangsgebühr durch eine allgemeine Abgabe ersetzt, die auch von grösseren Unternehmen zu entrichten ist (vgl. Vorlage 595).

In seiner Botschaft ans Parlament lehnt der Bundesrat die Initiative ab. Bei einer Annahme der Initiative befürchtet er eine radikale Veränderung der Medienlandschaft mit einer «weiter fortschreitenden Medienkonzentration» und Nachteilen insbesondere für die «französisch- und italienischsprachige sowie die rätoromanische Schweiz», da die Produktion für kleine Marktsegmente aus marktwirtschaftlicher Sicht nicht rentabel sei.

In der Debatte im Ständerat findet die Initiative keine Befürworter, wohl aber im Nationalrat, wo vor allem Vertreter der SVP Kritik an Programmen der SRG und an den «Zwangsgebühren» üben. Die SVP unterstützt einen Gegenvorschlag, der die Abgabe für Haushalte auf höchstens 200 Franken pro Jahr festlegen und für Unternehmen gänzlich streichen will. Die grosse Mehrheit im Nationalrat lehnt aber sowohl diesen Gegenvorschlag als auch die Initiative ab, die eine Gefahr für die Kohäsion der Schweiz und die Randregionen darstelle. In der Schlussabstimmung lehnt der Ständerat die Initiative mit 41 gegen 2 Stimmen ab. Im Nationalrat ist das Resultat mit 129 zu 33 Stimmen – letztere stammen beinahe ausnahmslos aus der SVP-Fraktion – etwas weniger eindeutig. Von den SVP-Vertretern stimmen jedoch auch 9 gegen die Initiative und 26 enthalten sich der Stimme.

GEGENSTAND

Die Initiative will dem Bund die Kompetenz entziehen, für Radio und Fernsehen Empfangsgebühren zu erheben oder Dritte damit zu beauftragen. Konzessionen für Radio und Fernsehen sollen regelmässig versteigert und Subventionen des Bundes für Radio- und Fernsehstationen verboten werden. Die Initiative untersagt dem Bund auch das Betreiben von eigenen Radio- und Fernsehstationen in Friedenszeiten.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Einstieg in den Abstimmungskampf erfolgt schon im Oktober 2017, als Medienministerin Doris Leuthard eine Reduktion der geltenden Radio- und Fernsehgebühren von jährlich 451 auf 365 Franken präsentiert, die ab 2019 gelten soll.

Der gesamte Abstimmungskampf verläuft ungewöhnlich intensiv. Zum Lager der Befürworter bekennen sich nach und nach SVP, EDU, Jungfreisinnige, der Gewerbeverband und eine von der Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli präsidierte Gruppe privater Verleger unter dem Namen «Aktion Medienfreiheit». Die SVP, die eine Halbierung der Gebühren der Abschaffung vorgezogen hätte, fasst ihre Ja-Parole aber erst kurz vor der Abstimmung. Die Befürworter der Initiative werben mit Plakaten wie «Ja zur Abschaffung der Zwangsgebühren». Sie argumentieren, dass die jüngere Generation kaum noch lineares Fernsehen nutze und die SRG dank der Gebühren mit ihrer aggressiven Wettbewerbsstrategie die privaten Medienhäuser ruiniere.

Breiter aufgestellt als die Befürworter sind die Gegner mit den Parteien SP, FDP, CVP, Grüne, GLP, BDP, EVP sowie dem Verband Schweizer Medien und Economiesuisse. «Weniger Vielfalt, weniger Schweiz», heisst es auf ihren Plakaten. Für die Gegner leistet die SRG mit ihrem Service public einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung und zum landesweiten Zusammenhalt; die Gebühren und ihre Umverteilung innerhalb der SRG garantierten, dass auch in der lateinischen Schweiz konkurrenzfähige Programme produziert werden könnten. Ohne Gebühren drohe eine «Berlusconisierung» der Schweizer Medienszene.

Umstritten ist, was die Initiative für die SRG bedeuten würde. Medienministerin Doris Leuthard und verschiedene Exponenten der SRG betonten, eine Annahme der Vorlage bedeute das Ende der SRG. Befürworter der Initiative sehen die SRG nach einem Ja als Akteur in einer freien Medienlandschaft ohne ungesunde Abhängigkeiten vom Staat.

ERGEBNIS

Bei einer hohen Stimmbeteiligung von 54,8% wird die Volksinitiative mit einem Nein-Anteil von 71,6% und von allen Kantonen klar abgelehnt. In der Romandie ist die Ablehnung stärker als in der Deutschschweiz. Am stärksten wird die Initiative in den Kantonen Neuenburg (Nein-Anteil 78,3%), Jura (78,1%) und Freiburg (77,6%) verworfen. Am andern Ende der Skala sind die Kantone Schwyz (Nein-Anteil 62,4%), Schaffhausen (62,7%) und – etwas überraschend – das Tessin (65,5%) zu finden.

Besonders wuchtig wurde die Vorlage gemäss Nachbefragung (Tresch et al. 2018) von den Anhängern der Grünen, SP, GLP und CVP verworfen. Nur unter den SVP-Sympathisanten fand sich eine knappe Mehrheit für die Initiative. In erster Linie gaben der Wunsch nach einem starken Service public und eine positive Bewertung der SRG den Ausschlag für ein Nein. Das wichtigste Argument der Befürworter waren die Höhe der Billag-Gebühren sowie die Kritik an der SRG und ihren Programmen.

QUELLEN

Gerber, Marlène, und Anja Heidelberger (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative "Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren" (No Billag-Initiative), 2014-2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.4.2019.

Pünter, Otto (1971). *Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft, 1931-1970*. Bern: Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft.

Tresch, Anke, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 4. März 2018*. Aarau, Lausanne, Luzern: ZDA, FORS, LINK.

Pressebeiträge: Tages-Anzeiger vom 2.1.2018. Neue Zürcher Zeitung vom 9.2.2018. Der Bund vom 17.2.2018.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 16.071).

Bundesblatt: BBI 2013 8489. BBI 2016 378. BBI 2016 8245.